

Land soll Schulsozialarbeit mehr fördern

Solingen braucht mehr Schulsozialarbeiter, Stadt und Politik hoffen dabei auf das Land. Das könnte auch den Schulpsychologischen Dienst entlasten, findet Iris Preuß-Buchholz (SPD). Der wiederum laufe beispielhaft gut.

VON CAROLIN STRECKMANN

SOLINGEN In sechs Grundschulen gibt es zurzeit keine Schulsozialarbeit. Im Bereich der weiterführenden Schulen mussten zwei Stellen gestrichen werden, was wiederum vier Schulen treffe. Das geht aus einem Bericht der Stadt zum Stand der Schulsozialarbeit in Solingen im Rahmen einer Vorlage für den Jugendhilfeausschuss am kommenden Montag hervor. Die Änderung der Stellen gehe auf die Kapazitäten des Landes NRW zur Einstellung von Schulsozialarbeitern zurück, die zuletzt mit Wirkung zum 1. Januar 2021 mit einem Wechsel der Zuständigkeit vom Gesundheits- und Sozialministerium zum Schulministerium neu ausgerichtet wurde.

„Wir hatten gehofft, dass es eine Verstetigung geben würde“, sagt die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat, Iris Preuß-Buchholz mit Blick auf die Neuausrichtung, deren Auswirkungen auf Solingen nun beleuchtet werden. Doch die Lage sei schwierig, nicht zuletzt, da Fachkräfte über das Land immer nur

für einen bestimmten Zeitraum angestellt werden könnten. So sei keine langfristige Arbeit an den Schulen möglich. Außerdem werde der Bedarf an Schulsozialarbeit in Solingen insgesamt nicht gedeckt, erklärt Preuß-Buchholz. „Man hat in den letzten Jahren gemerkt, dass das Angebot immer mehr gebraucht wird.“

Das liege unter anderem an einer Zunahme des Ganztags an den Schulen. „Die Schülerinnen und Schüler gehen nicht mehr mittags nach Hause und nehmen ihre Probleme mit“, so Preuß-Buchholz. Es

sei zunehmend wichtig, Konflikte in der Schule direkt ansprechen und regeln zu können. Doch dafür brauche es mehr Kapazitäten. Auch die Schulsozialarbeiter selbst fordern gemeinsam mit den Schulleitungen einen „dringend nötigen“ Ausbau des Angebots, wie die Stadt in der Vorlage schreibt.

Unterstützung könne es dabei nur vom Land geben, sagt Preuß-Buchholz. Zwar seien einige Schulsozialarbeiter auch bei Wohlfahrtsverbänden und bei der Stadt angestellt, jedoch könne die Verwaltung auf-

grund der angespannten Haushaltslage keine zusätzlichen Kräfte einstellen. Ohnehin sei es besser, wenn es ein einheitliches System gebe, bei dem alle Schulsozialarbeiter analog zu den Lehrkräften beim Land angestellt seien, findet Preuß-Buchholz. „Man müsste das System neu sortieren.“ Und es gebe ohnehin nicht genug Fachkräfte auf dem Gebiet. „Es müsste einfach viel mehr ausgebildet werden“, sagt Preuß-Buchholz.

Im Endeffekt sei Schulsozialarbeit auch immer eine Entlastung für die Lehrkräfte und damit für das Lernen in den Klassen wichtig. Denn wenn es fest Anlaufstellen für Konflikte, Probleme in der Familie oder Klasse oder beispielsweise für Mobbing gebe, hätten die Lehrkräfte mehr Raum für den Unterricht, sagt Preuß-Buchholz. Die Stadt führt auf, dass die Schulsozialarbeit im vergangenen Schuljahr von allen beteiligend gut und wertschätzend aufgenommen worden sei – gerade auch vor dem Hintergrund der Pandemie und ihrer Einflüsse auf junge Menschen. Corona habe vieles verschärft, sagt auch Preuß-Buchholz. Man sehe „Defizite der Kinder, die

jetzt zwei, drei Jahre kaum Gruppendynamik erlebt haben.“

Ein Ausbau der Schulsozialarbeit sei vor allem wichtig, um eine niedrigschwellige und frühzeitige Hilfe zu ermöglichen, die verhindern könne, dass Problematiker schlimmer werden. Damit könne dann beispielsweise auch der Schulpsychologische Dienst der Stadt im Coppelstift entlastet werden. Der sei in vielen Fällen in der Kette der Eskalationsstufen die nächste Anlaufstelle, sagt Preuß-Buchholz. Immerhin: „Da ist Solingen ganz gut aufgestellt.“ So hatte das Landesfamilienministerium das Coppelstift im November 2020 als beispielhafte Einrichtung im Rahmen einer Evaluation der Familienberatungsstellen in NRW hervorgehoben, wie die Stadt in einer weiteren Vorlage für den Jugendhilfeausschuss schreibt. „Es ist gut, dass wir das Coppelstift schon viele Jahre haben. Das galte es ja bereits vor der Schulsozialarbeit“, sagt Preuß-Buchholz. Heute sei eine ergänzende Zusammenarbeit der Institutionen besonders wertvoll für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern.



Iris Preuß-Buchholz leitet den Jugendhilfeausschuss. FOTO: PETER MEUTER

INFO

Förder-Gelder für Schulsozialarbeit

Bürokratie Gelder aus dem Bundes-Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ können auch im Bereich der Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Die bürokratische Hürde sei hier jedoch groß, sagt Iris Preuß-Buchholz. Vielen Schulen fehle die personelle Kraft für die Antragsstellung.